

Finanzloch wegen Steuerbschiss?

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
178 · Ausgabe BE · Oktober 2018

SP

www.finanzloch.ch

-161'125'257 Franken

NEIN

zum Steuergeschenk für Grosskonzerne

Keine Finanzlöcher bei Kanton und Gemeinden!

**EINE SENKUNG DER UNTERNEHMENSSTEUERN FÜHRT ZU FINANZLÖCHERN BEI KANTON UND GEMEINDEN SOWIE LEISTUNGS-
ABBAU BEIM SERVICE PUBLIC. ZUDEM WIRD DER RUINÖSE STEUERWETTBEWERB WEITER ANGEHEIZT. DAS KOMMT FÜR DIE
SP NICHT IN FRAGE! DESHALB HABEN WIR DAS REFERENDUM ERGRIFFEN UND KÄMPFEN FÜR EIN NEIN ZUM STEUERGESCHENK
FÜR GROSSKONZERNE.**

Am 25. November stimmen wir über das Referendum gegen die kantonale Unternehmenssteuersenkung ab. Es ist «unser» Referendum, wir haben es im März zusammen mit Partnern ergriffen und im August mit 13 500 Unterschriften eingereicht. Nun wollen wir eine starke Kampagne führen und die Abstimmung gewinnen. Danke, dass du uns dabei unterstützt!

Finanzloch führt zu Leistungsabbau

Die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat und in der Regierung will um jeden Preis die kantonalen Unternehmenssteuern senken. Dafür wollen sie das Steuergesetz ändern, und zwar so, dass die Unternehmen mit den höchsten Gewinnen massiv weniger Gewinnsteuern bezahlen müssten. Der Kantonskasse, den Gemeinden und Kirchgemein-

Ursula Marti, Grossrätin
und Präsidentin SP
Kanton Bern, Bern



den würden jährlich 161 Millionen Franken fehlen. Weniger Steuereinnahmen führen zum Abbau öffentlicher Leistungen. Ende 2017 hat die bürgerliche Mehrheit im Kanton harte Leistungskürzungen bei der Spitex, in der Bildung, im Jugend-, Alters- und Sozialbereich und bei Menschen mit Behinderung durchgesetzt. Weitere Leistungskürzungen würden folgen.

Mehrbelastung von Gemeinden

Neben dem Kanton wären auch die Gemeinden von den Einnahmeausfällen betroffen. Darunter viele kleine Gemeinden, die ohnehin schon wenig finanziellen Spielraum haben. Einige Gemeinden würden mehr als 20% ihrer Einnahmen verlieren. In Ittigen würden 2,8 Mio., in Interlaken 1,3 Mio., in Köniz 3 Mio. und in Biel 6,2 Mio. in der Gemeindekasse fehlen (vollständige Liste auf www.keine-steuergeschenke.ch). Als Folge müssten beispielsweise Sportplätze, Hallenbäder, Bibliotheken oder andere öffentliche Einrichtungen geschlossen werden. Einige Gemeinden müssten zudem die Steuern für Privatpersonen erhöhen.

JA zur Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden

DIE SVP HAT ES TATSÄCHLICH GESCHAFFT, NOCH EINMAL DAS REFERENDUM GEGEN DEN ASYLSozialhilfekredit ZU ERGRIFFEN. DAMIT BEWIRTSCHAFTET SIE WEITERHIN EIN THEMA, MACHT ES ZU EINEM PROBLEM UND TRÄGT NICHTS ZUR LÖSUNG BEI. DABEI NIMMT DER NEUE KREDIT DAS MEHRHEITSVOTUM DER LETZTEN ABSTIMMUNG AUF UND IST EINE GANGBARE LÖSUNG.



Regina Fuhrer-Wyss,
Grossrätin, Burgistein

Am 21. Mai 2017 wurde bereits einmal über den Asylsozialhilfekredit abgestimmt. Die SVP hatte das Referendum gegen den Grossratsbeschluss, gegen den Kredit für die Asylsozialhilfe für die Jahre 2016 bis 2019, ergriffen. Leider war die SVP mit ihrem Referendum erfolgreich und der Kredit wurde an der Urne abgelehnt. Dieser Kredit wird vor allem für die altersgerechte Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden benötigt.

Auf Grund der Ablehnung des Kredites wurde ein neues kostengünstigeres Modell zur Unterbringung und Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA) erarbeitet. Ein Modell, das dem Auftrag der Referendumsabstimmung, Einsparungen vorzunehmen, entspricht. Ein Modell aber auch, das dem Anspruch des Kinderschutzes gerecht wird. Aus unserer Sicht geht das neue Konzept an die Grenzen des Verantwortbaren. Die Tagespauschalen werden von CHF 171.– auf CHF 140.– reduziert. Spezialisierte, separate Unterkünfte werden nur noch für Kinder und Jugendlichen bis 17 Jahre angeboten. UMA ab 17 Jahren sollen, obwohl sie noch minderjährig sind, in Kollektivunterkünften mit Erwachsenen untergebracht werden. Dies führt dazu, dass sich die Tagespauschalen für diese Jugendlichen nur noch auf CHF 80.– beläuft. Bei aller Kritik ist aber klar: Diese Lösung ist besser als kei-

ne Lösung, gerade zum Wohl der UMA. Eine erneute Ablehnung des Kredites wäre fatal. Wir sind verpflichtet, die unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden kindergerecht zu betreuen. Es ist aber auch klar, dass eine gute Betreuung und Begleitung der Kinder und Jugendlichen wichtige Voraussetzungen schaffen für die Verarbeitung ihrer Fluchtgeschichten, für das Zurechtfinden in unserer Gesellschaft und für ihre Integration. Nur mit einer altersentsprechenden, guten Betreuung der asylsuchenden Kinder und Jugendlichen kann die Voraussetzung geschaffen werden, dass sie später als Erwachsene einen eigenständigen und selbstbestimmten Lebensweg in der Schweiz finden. Auch der Bund erachtet die Integrationsmassnahmen als wichtig und zentral. Deshalb hat er eine massive Erhöhung der Pauschalen an die Kantone in Aussicht gestellt mit dem Ziel, wirklich auch zielgerichtet in die Integration der Kinder und Jugendliche zu investieren.

Das überparteiliche Komitee stellt die Kosten ins Zentrum – damit sollen auch bürgerliche WählerInnen überzeugt werden. Für die SP stehen andere Argumente im Zentrum. Das gemeinsame Ziel ist ein Ja zum Kredit.

Der Grosse Rat hat diesem reduzierten Kredit und der Umsetzung des neuen Konzeptes im März 2018 mit grosser Mehrheit zugestimmt. In der Kampagne ist es nun die Aufgabe der Bürgerlichen, ihre WählerInnen zu überzeugen. Deshalb stehen in der Kampagne des überparteilichen JA-Komitees nicht «unsere» Argumente im Zentrum, sondern «ihre» Kostenargumente. Damit sollen sie den polemischen und falschen Argumenten der SVP, dass immer noch zu viel Geld für Asylsozialhilfe ausgegeben werde, den Wind aus den Segeln nehmen.

Am 25. November wird noch einmal über den Asylsozialhilfekredit abgestimmt. Wir wollen eine kinderschutzgerechte Betreuung und Begleitung und eine nachhaltige Perspektive für die UMA in der Schweiz. Dieser Kredit darf nicht noch einmal abgelehnt werden! Helft alle mit und engagiert euch für ein JA zum Asylsozialhilfekredit.



Fortsetzung von Seite 9

Unternehmen in der Verantwortung

Bereits heute leisten Privatpersonen 90 % der Steuereinnahmen im Kanton Bern – Unternehmen nur 10 %. Dies steht in keinem Verhältnis zu den notwendigen Leistungen, welche die öffentliche Hand für sie in den Bereichen Infrastruktur, Sicherheit, (Berufs-) Bildung, Verkehr und Erschliessung – alles wichtige Standortfaktoren – erbringt. Es darf nicht sein, dass in Zukunft die Unternehmen einen noch kleineren Anteil an die Steuereinnahmen leisten.

Die Steuersenkungen würden übrigens nur wenigen Betrieben nützen – vorab den Konzernen mit den höchsten Gewinnen. 85 % der steuerpflichtigen Betriebe, meist KMUs, gingen leer aus. Die Drohung, dass Unternehmen in Steuerparadiese abwandern und Arbeitsplätze verloren gehen, ist blosser Angstschrei. Swisscom, Post, BKW, aber auch wichtige Industrie- und Dienstleistungsbetriebe sind stark im Kanton Bern verwurzelt.

Nein zu Steuerrumpfung

Der ruinöse Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen und weltweit führt zu einer endlosen Abwärtsspirale beim Steuerertrag und schadet nur. Wohin das führt, zeigte zuletzt der Kanton Luzern. Nachdem dort die Unternehmenssteuern gesenkt wurden, mussten die Schulferien verlängert werden, weil die Lehrpersonen nicht bezahlt werden konnten. Jeder Kanton, der seine Unternehmenssteuern senkt, heizt den Steuerwettbewerb weiter an.

www.keine-Steuerbeschenke.ch

Motivierte Menschen für die SP Kanton Bern

Die SP Kanton Bern wählt am Parteitag vom 7. November die Parteispitze neu. Die Geschäftsleitung schlägt für die Nachfolge von Ursula Marti ein Co-Präsidium vor:



MIRJAM VEGLIO lebt in Zollikofen, ist Grossrätin und Vize-Gemeindepräsidentin. Arbeitet als Betriebswirtin in der Geschäftsleitung Kinderbetreuung Zollikofen.

«**Motivation hat viel mit Zielsetzung und der Aussicht auf Erfolg zu tun. Als Co-Präsidentin habe ich die Möglichkeit, meine Erfahrung und mein Wissen direkt in die SP Kanton Bern einzubringen. Mein Ziel ist es, Mehrheiten für unsere politischen Anliegen zu erreichen. Der konservative Kanton Bern braucht eine fortschrittliche und soziale Kraft, die den Kanton weiterbringt und sich für die Menschen einsetzt. Unabhängig von ihrem gesellschaftlichen Status, ihrem Alter oder ihrer Herkunft. Diese Kraft kann nur die SP sein. Hier engagiere ich mich gerne!**»



UELI EGGER wohnt in Hünibach, ist Grossrat und Präsident der SP Hilterfingen-Hünibach, war Gemeindepräsident. Arbeitet als Sekundarlehrer an der Oberstufenschule Hünibach.

«**Meine SP ist 100 % sozial und 100 % demokratisch. Als Mensch verdanke ich der SP viel. Dank der Errungenschaften unserer Partei konnte ich in einer offenen, liberalen und sozialen Gesellschaft aufwachsen und mich entfalten. Als Co-Präsident würde ich mich dafür einsetzen, dass dies auch für zukünftige Generationen so bleibt und dass alle Mitglieder unserer Gesellschaft ein möglichst unabhängiges und selbstbestimmtes Leben führen können. Daher möchte ich die SP als fortschrittliche, staatstragende und soziale Kraft voranbringen und möglichst zur stärksten Partei des Kantons Bern entwickeln helfen.**»

Fürs Vizepräsidium wurden drei Personen nominiert, welche diese Funktion zusammen mit der Bisherigen Margrit Junker Burkhard ausführen möchten und die den zurücktretenden Roberto Bernasconi ersetzen sollen:



TANJA BAUER wohnt in Wabern, ist Grossrätin, Gemeindeparlamentarierin in Köniz und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Bern. Ausgebildete Politologin, arbeitet als Wissenschaftliche Mitarbeiterin.

«**Zukunft statt Abbau! Damit haben wir die Wahlen gewonnen. Und dafür möchte ich mich gemeinsam mit euch engagieren. Wenn wir die Abbauspirale stoppen und soziale Gerechtigkeit für alle erreichen wollen, braucht es eine starke SP im Kanton Bern. Eine SP, die Begeisterung und das Engagement der Mitglieder als wichtigsten Motor für eine bessere Welt versteht. Für alle statt für wenige!**»



CÉDRIC NÉMITZ wohnt in Biel, ist Gemeinderat und Direktor für Bildung, Kultur und Sport sowie Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Bern. Ausgebildeter Theologe, arbeitete als Journalist.

«**Für einen modernen Kanton Bern, der auf seine Vielfalt stolz ist: Gemeinsam mit der SP möchte ich zur Stärkung des Zusammenhalts und des Gleichgewichts zwischen den Regionen, Kulturen und den zahlreichen Bevölkerungsteilen beitragen. Für eine gerechtere Gesellschaft: Gemeinsam mit der SP will ich die Qualität der Bildung, die Kreativität in der Kultur und eine innovative Politik fördern, welche die Verbundenheit zwischen den Generationen festigt.**»



MATTEO LANGENEGER wohnt in Bern und ist Mitglied der Geschäftsleitung der SP Region Bern-Mittelland. Studiert berufsbegleitend Betriebsökonomie und arbeitet als Kaufmann.

«**Der bürgerlichen Machtpolitik eine starke Sozialdemokratie entgegenzusetzen. Auf unsere Basis bauen und sie fördern: Mitglieder in programmatische Arbeit einbinden und mit schlagkräftigen Sektionen in Stadt, Agglomeration und Land im ganzen Kanton präsent sein. Mit einer selbstbewussten SP für Gerechtigkeit und Umverteilung kämpfen und einen sozialen Kanton Bern einfordern. Dafür möchte ich mich einsetzen.**»

FEMINISMUS *im* AUFschwung

WAREN WIR
NICHT
SCHON
EINMAL DA?

17. NOVEMBER 2018, 18 UHR
Referat von Anne Wizorek

anschliessendes
Podium mit:

Barbara Egger Jenzer
Tamara Funciello
Rahel El-Maawi
Barbara Gurtner
Tabea Rai
Natascha Wey

Leitung:

Aula Brückenstrasse, BFH, Brückenstrasse 73, Bern

Eine Veranstaltung im Rahmen der
Feministischen Diskussionstage: fedita.ch

UNIA

JUSO



Die SP Kanton Bern sucht für den Zeitraum vom 29. April bis 29. Oktober 2019

MEHRERE CAMPAIGNER*INNEN FÜR DIE WAHLKAMPAGNE 2019 (60 %)

Dein Aufgabengebiet:

Als Campaigner*in bist du, eingebettet in die nationale Basiskampagne der SP Schweiz, für die Organisation und Unterstützung der Freiwilligenarbeit in deinem Einsatzkanton zuständig. Ziel der Basiskampagne ist die konsequente und systematische Einbindung von Parteimitgliedern und weiteren Freiwilligen in die Wahlkampagne. Anstatt einfach über die Menschen zu reden, wollen wir direkt mit ihnen ins Gespräch kommen. Entscheidend dafür, dass dies gelingt, sind die Campaigner*innen vor Ort.

Das gesamte Stelleninserat ist zu finden unter www.spbe.ch. Bewerbungsfrist ist der 30. November 2018.

SAG UNS DEINE MEINUNG!

Die Mitglieder sind es, die die SP ausmachen. Es ist uns daher wichtig, dass wir deine Bedürfnisse und Erwartungen gegenüber der Partei besser kennen. Darum haben wir dich Ende September per Mail eingeladen, eine Umfrage dazu auszufüllen. Falls du noch nicht dazu gekommen bist, erinnern wir dich gerne daran. Die Umfrage dauert rund 15 Minuten: www.findmind.ch/c/mitglieder

Die mittels Fragebogen erhobenen Daten sind anonym und lassen keine Rückschlüsse auf dich oder deine Sektion zu.

AGENDA

Kantonaler Parteitag

Mittwoch, 7. November, 19.00 – 21.30 in Bern

Jubiläumsanlass 100 Jahre Landesstreik

10. November, 14 – 17 Uhr in Olten

Novembersession Grosser Rat: 19. – 29. November

Abstimmungen 25. November

alle Termine auf: www.spbe.ch/agenda

Was hat Politik mit Wetter zu tun? Es gibt Hochs und Tiefs, oft bläst eine starke Bise und manchmal trübt ein herbstlicher Nebel die Klarsicht.

Ein wunderbares Hoch war der 22. September 2018, als der Bundesplatz fast platzte, übervoll mit Frauen. Ein starkes Signal, es war überfällig. Dies ist erst der Anfang des Sturmes, welcher nächstes Jahr über die Schweiz hinwegfegen wird und im Herbst 2019 Frauen ins nationale Parlament spülen soll. 50 % Prozent und kein bisschen weniger! 20 000 Frauen, welche bereit sind, laut und deutlich Ansprüche zu stellen und den entsprechenden Einsatz zu leisten.

Ein markantes Tief der sogenannte AHV-Deal, und die SP zu

spalten droht und das soziale Naturgesetz «Für Alle statt für Wenige» in Frage stellt. Der Schweizer Wirtschaft mehrere Milliarden Steuern zu erlassen, damit im Gegenzug 2 Milliarden in die AHV fliessen, ist schon erklärungsbedürftig! Die Steuerausfälle werden in den Kantonen zu happigen Sparprogrammen führen, das kann man drehen und wenden wie man will. Die Folgen werden, das Volk respektive überproportional die Frauen bezahlen müssen (gespart wird vornehmlich im Sozialbereich, im Bildungsbereich und im Gesundheitsbereich). Die SP-Delegierten haben sich hinter die Parteileitung gestellt, die Unzufriedenheit von vielen SP-Frauen jedoch bleibt!

Rote Feder

Es war ein beschaulich schöner Herbst, noch hat kaum Nebel die Weitsicht getrübt. Doch der politische Blick in die nahe Zukunft ist bereits bedeckt. Im November muss das kantonale Referendum gegen die Steuerreform gewonnen werden.

Der SP-Slogan «Keine Steuer-geschenke für Grosskonzerne» mutet fast etwas komisch an!

Kornelia Hässig
Vinzens, Grossrätin
und Präsidentin
SP Frauen Kanton
Bern, Zollikofen

